

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

**Das Geld der Gesellschaft.
Aktuelle Bewertungen aus sozialemethischer Perspektive**

Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Lange,
verehrte Damen und Herren,

zunächst bedanke ich mich sehr für die ehrenvolle Einladung, im Rahmen des Finanzforums 2013, das von der Nationalbank Essen veranstaltet wird, heute bei Ihnen in unserer Philharmonie zu sein und zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Einleitung

Bei der Vorbereitung dieses Referates bin ich auf ein Buch des Bonner Wirtschaftshistorikers Joachim Scholtyseck gestoßen, in dem er die Geschichte der Nationalbank aufarbeitet.¹ Besonders interessant finde ich dabei, dass die Anfänge Ihres Instituts, Herr Dr. Lange, zu Beginn der 1920er Jahre auf eine Initiative von Vertretern der christlichen Gewerkschaftsbewegung zurückgehen. Diese zunächst Berliner und dann ganz bald Essener Gründung als „Deutsche Volksbank AG“ im direkten Umfeld einer als Hochburg katholischer Arbeitervereine bekannten Revierstadt wollte die Spar- und Kapitalkraft christlich orientierter Arbeitnehmer bündeln und im Sinne (katholischerseits diskutierter) gesellschaftspolitischer Vorstellungen wirtschaftspolitisch und unternehmerisch nutzen. Ihr Haus hat dann unter dem Namen „Nationalbank“ nach dem Ende des Dritten Reiches sich als innovative und einflussreiche Regionalbank immer wieder erfolgreich neu aufgestellt.

Zur gleichen Zeit also, als Sie als sozial- und wirtschaftspolitische Initiative zur Verbesserung der Lebenssituation und politischen Einflussfähigkeit der im Ruhrgebiet ansässigen Industriearbeiter gestartet sind, gab es auch in meinem Bereich intensive Überlegungen darüber, wie die Kirche auf die veränderten Bedingungen einer sich in wenigen Jahrzehnten durch die Industrielle Revolution und die wirtschaftliche Entwicklung völlig gewandelten Region reagieren kann. Doch erst 1958 gelang es unter Papst Pius XII., der bereits in den besagten 1920ern als Nuntius in München und Berlin in genauer Kenntnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unserer Region in diese

¹ Joachim Scholtyseck, Die Geschichte der National-Bank 1921 bis 2011, Stuttgart 2011: Franz Steiner Verlag.

Pläne involviert war, die Gründung. Die (Erz-)Bistümer Köln, Paderborn und Münster mussten, um das neue Bistum ins Werk zu setzen, auf Gebiete verzichten. Manche von Ihnen, verehrte Damen und Herren, haben vielleicht als Kinder dieses von vielen erfreulich aufgenommene Ereignis selbst verfolgen können.

In dem anlässlich dieser programmatischen Neugründung herausgegebenen Büchlein „Kreuz über Kohle und Stahl“ schrieb Franz Hengsbach als erster Essener Bischof und späterer Kardinal in seinem feierlich gestimmten Grußwort, die Diözese sei entstanden, damit die Kirche den arbeitenden Menschen im Ruhrgebiet nahe sei, näherkomme ihren Fragen und Nöten, dass sie tiefer verwurzelt werde in diesem Raum zwischen Zechen und Schloten, Fabrikhallen, Kaufhäusern. Die Kirche wolle nichts anderes, als denen dienen, die hier wohnen und arbeiten.² An diesem Selbstverständnis der Kirche von Essen, nämlich allen dienen zu wollen, die hier leben, hat sich, meine Damen und Herren, bis heute nichts verändert. In diesem Sinn bin ich natürlich Bischof für alle, um eine Überschrift der WAZ vom 16. Oktober 2013 korrigierend aufzugreifen, der dann mein wörtliches Interview folgt.

Als eine Ironie der Geschichte kann man den (verspäteten) Zeitpunkt der wegen Kohle und Stahl erfolgten Gründung des Ruhrbistums betrachten, der zusammenfällt mit der ersten Kohlekrise und der damit einhergehenden Schließung von Zechen, Hochöfen und Stahlwerken. Zehn Jahre später wurden die noch verbliebenen Zechen im Ruhrgebiet zur Ruhrkohle AG zusammengeführt, welche nun mit dem beschlossenen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau 2018 das endgültige Ende dieser Ära deutscher Wirtschaftsgeschichte organisiert.³

Kurz und gut, in gewisser Weise kann man eine Parallelität der Anfangsmotive von Nationalbank und Bistum Essen erkennen, nämlich das Bemühen um Nähe zur Lebenswirklichkeit der Menschen gerade in unserer Region. Eine Region, die insbesondere davon geprägt ist, dass die gesellschaftlichen Dynamiken, technischen Innovationen und wirtschaftlichen Prozesse nicht ohne Auswirkung auf die Lebenschancen der ansässigen Bevölkerung bleiben (und immer besonders schnell und intensiv wirken). Angesichts unserer Verantwortung für die Verlierer solcher Entwicklungen, die für wieder andere sehr vorteilhaft sein können, müssen sich eben auch die sie begleitenden Institutionen weiterentwickeln und neue Antworten suchen. In diesem Sinne arbeiten Sie erfolgreich für Ihr Haus Nationalbank Essen, indem sie es als Regionalbank mit engem Bezug zur hiesigen Wirtschaft profilieren. In gleichem Sinne bleibt es

² Vgl. dazu reich bebildert auch Wilhelm Damberg/Johannes Meier: Das Bistum Essen 1958-2008. Eine illustrierte Kirchengeschichte, Münster 2008: Aschendorff, 179ff.

³ Vgl. zum Beschluss des Bundestags zur Aufhebung der sog. Revisionsklausel beispielsweise „Die Welt“ vom 15.04.2011.

auch unsere Aufgabe in der katholischen Kirche, im Ruhrbistum und für mich als „Ruhrbischof“, stets vom „Aggiornamento“ her die Zeichen der Zeit wahrzunehmen und zu versuchen, christliches Leben und die Kirche zeitgemäß und authentisch zu gestalten.

Gerade aus dieser Sorge und konkret in Reaktion auf die Schließung des Stahlwerkes in Duisburg-Rheinhausen Ende der 1980er Jahre hat mein Vorgänger, Kardinal Hengsbach, gemeinsam mit Alfred Herrhausen von der Deutschen Bank, dem Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder sowie dem Gewerkschaftler und Politiker Adolf Schmitt den Initiativkreis Ruhr ins Leben gerufen. Gemeinsam mit den Führungspersönlichkeiten der unterschiedlichen (momentan über 60) Mitgliedsunternehmen, die Verantwortung über ihr eigenes Unternehmensinteresse auch für die Region wahrnehmen wollen, geht es mit der Unterstützung konkreter Initiativen darum, auf kommunalpolitischen und kulturellen Gebieten, im Bildungsbereich, im Bereich der Wirtschaftsförderung und sozialer Aktivitäten medienpolitische Aufmerksamkeit für das Ruhrgebiet als innovativen Produktionsstandort zu schaffen und immer wieder direkte Lösungsansätze zu vermitteln. In diesem Kontext sind wir uns, lieber Herr Dr. Lange, im gemeinsamen Engagement begegnet und dort ist auch die Idee entstanden, heute Abend hier zu sein.

Verehrte Damen und Herren, schaut man sich die Vorredner der Finanzforen der vergangenen Jahre an, die als ehemalige Bundesfinanz- und Wirtschaftsminister, als akademische Ökonomen und als Verbandsfunktionäre (Rösler, Steinbrück, Schmidt, Henkel) allesamt in direktem operativen Bezug zur Wirtschaft stehen, falle ich als Bischof eher aus dem Rahmen. Was soll ein Kirchenmann und Theologe, wie ich es bin, zur aktuellen Wirtschaftspolitik, zur Finanzkrise, zu Bankenrettung, staatlicher Schuldenpolitik, zum Euro und zur europäischen Einigung sagen können? Wir haben in Deutschland die Trennung von Staat und Kirchen, ich bin weder Politiker noch ein Manager, vielmehr vertrete ich einen dritten, zivilgesellschaftlichen Standpunkt, der sich aus der Tradition der katholischen Soziallehre speist und dies mit einem durch das Bewusstsein unserer Herkunft geschärften Blick für unsere Zukunft tut. Erwartbar sind also nicht konkrete politische Vorschläge, akademische Theorien oder wirtschaftliche Strategien, als vielmehr das Öffentlichmachen einer weiteren Perspektive, die sich nicht an den Geschichten der Vergangenheit abarbeitet, sondern pragmatisch aus dem Licht unserer Überzeugungen aktuelle Erfahrungen kommentiert sowie Handlungs- und Entscheidungskriterien für die Zukunft benennt. In diesem Sinne kann ich als Bischof Diskussionen anstoßen. Als Kirche haben wir eine mahnende und warnende, vor allem aber eine positiv-stimulierende Funktion.

1. Standortbestimmung „Katholische Soziallehre“

Die als Reaktion auf die industriegesellschaftlichen Modernisierungsprozesse Ende des 19. Jahrhunderts entstandene „Katholische Soziallehre“, die den Hintergrund meiner Perspektive ausmacht, steht auf drei Säulen: einerseits der lehramtlichen Sozialverkündigung durch Amtsvertreter, wie es in den päpstlichen Sozialenzykliken und etwa in den Publikationen der Bischofskonferenz zum Ausdruck kommt, andererseits der wissenschaftlich-theologischen sowie begrifflich-theoretischen Reflexion der Fragen der Zeit in Universitäten, Akademien und Instituten; schließlich ist insbesondere die Sozialbewegung zu nennen, die sich – wir haben von Essen als (ehemaliger) Hochburg der christlichen Arbeiterbewegung gesprochen – in Themen und Formen in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert hat.⁴

Grundsätzlich geht es in diesem durchaus vielgestaltigen und pluralistischen Zusammenhang „Katholische Soziallehre“, der auf die „sozialen Fragen“ der Zeit vielleicht nicht direkte Antworten und Lösungen, wohl aber Orientierungen und Perspektiven bieten kann, um das Zentralthema der Gerechtigkeit. Dabei sind alle Dimensionen der Gerechtigkeit angesprochen, sowohl die Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit als auch die Verteilungsgerechtigkeit. Es geht in unserer Soziallehre um ein öffentliches Gesprächsangebot, dass die teilweise prekären Lebenslagen mancher Bevölkerungsteile nicht als selbstverschuldete Schicksale einzelner sieht, sondern immer auch als Resultate gesellschaftlicher Strukturen versteht, die politisch zu gestalten sind. In diesem Sinne wollen wir beitragen, dass Politik möglich wird. Es geht um das Zugleich von moralisch zu bewertender individueller und organisatorischer Unternehmensethik auf der einen und um die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsordnung auf der anderen Seite, die angesichts der Herausforderungen von Digitalisierung und Globalisierung immer wieder reformuliert und gestützt werden muss. In Auseinandersetzung mit den großen ideologischen Alternativen bzw. Antagonismen der jüngeren Zeitgeschichte, dem kollektivistischen Sozialismus einerseits und dem individualistischen Liberalismus andererseits haben wir mit dem „christlichen Menschenbild“ (vor dem Hintergrund von Schrift und Tradition) eine Anthropologie entwickelt, die auf die unbedingte Würde eines jeden Menschen zielt. Diese Würde, so glauben wir, kommt direkt von Gott und gilt für sein Ebenbild universal – für jeden weltweit. Als säkularer Ausdruck dieses Verständnisses können die allgemeinen Menschenrechte gelten.

An einem Recht auf individuelles Eigentum haben wir gegen manche zeitweise Wirklichkeit gewordene Anfechtungen in der über 150jährigen Geschichte der Soziallehre immer festgehalten. Mit Modellen der Mitbestimmung und Vermögensbildung haben wir aber immer auch der Situation Rechnung getragen, dass in der modernen Industriegesellschaft der Arbeitsprozess human

⁴ vgl. dazu Reinhard Marx/Helge Wulsdorf, Christliche Sozialethik. Konturen, Prinzipien, Handlungsfelder, Paderborn 2002: Bonifatius, 22ff.

gestaltet, freiheitlich-kreative Mitverantwortung wahrgenommen und Ausbeutung unterbunden bleibt.⁵ Wichtige Beispiele dafür sind die Montanmitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz, für das viele Christsoziale, allen voran der sogenannte Nestor der Soziallehre, P. Oswald von Nell-Breuning SJ, sich in der jungen Bundesrepublik stark eingesetzt haben. Aus Sicht katholischer Soziallehre bedeutet Gesellschaft eben immer mehr als Wirtschaft und Wirtschaft immer mehr als bloß Markt. Es geht uns um eine ganzheitliche Sichtweise des Wirtschaftens; in diesem Sinne stehen wir für einen gehaltvollen Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“.⁶ Genau so haben wir auch Frieden mit dem Kapitalismus gemacht.

2. Aktuelle Herausforderungen unserer Wirtschaftsordnung

Dem Berliner Sozialhistoriker Jürgen Kocka zur Folge habe die sogenannte Arbeiterfrage zwar aufgehört, die Gesellschaft zu spalten, wenngleich sie auf globaler Ebene wieder entdeckt werden sollte, was ich als Adveniatbischof, der für die Kontakte zur Kirche Lateinamerikas zuständig ist, sowie als Militärbischof im Kontext mancher Auslandseinsätze der Deutschen Bundeswehr aus eigener Anschauung nur bestätigen kann, so z. B. in Afghanistan. Auch um die Kritik an der Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus sei es recht still geworden, so Kocka weiter, nachdem im Zeitalter nach Ford individualisierende Produktion durch Arbeitsgruppen mit Gestaltungsspielraum in den kapitalistischen Unternehmen propagiert und Kreativität als lohnendes Qualifikationsmerkmal nicht nur hochgehalten, sondern auf den Märkten auch nachgefragt werde. Der Kapitalismus sei wandlungsfähig genug, um manche Kritik, die ihn lange traf, durch Anpassung zu unterlaufen und damit ein Stück weit ins Leere gehen zu lassen.⁷

In seinem Buch über die Geschichte des Kapitalismus hält Kocka ausblickend fest, dass die gegenwärtige Kritik am Kapitalismus vielfältig sei. Angeprangert würden relativ konkrete Missstände, so etwa im Finanzsektor, die – übrigens auch in Verletzung einer zentralen Grundprämisse des Kapitalismus – dazu geführt habe, dass das Entscheiden einerseits und das Einstehen für die Entscheidungsfolgen andererseits auseinandergetreten seien, sodass exorbitante Gewinne der Geldmanager durch die Übernahme von riesigen Verlusten durch die öffentlichen Hände („too big to fail“) ermöglicht worden seien. Auf einer grundsätzlicheren Ebene richte sich die Kritik gegen eine zunehmende

⁵ Vgl. zur sozialetischen Positionierung im Diskurs um die Mitbestimmung nur Oswald von Nell-Breuning, Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1968: Europäische Verlagsanstalt sowie ders., Streit um Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1968: Europäische Verlagsanstalt zur katholischen Eigentumsethik Christian Spieß, Sozialethik des Eigentums. Philosophische Grundlagen – kirchliche Sozialverkündigung – systematische Differenzierung, Münster.

⁶ Bernhard Emunds, Ungewollte Vaterschaft. Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft, in: ethik+gesellschaft 1/2010. Vgl. dazu auch meinen ordnungspolitisch argumentierenden Beitrag „Der freie Markt und der christliche Glaube“, in: Klaus Engel/Michael Vassiliadis (Hg.): Werte, Wissen, Wachstum. Was Deutschland tun muss, Hamburg 2010: Hoffmann und Campe, S. 203-211.

⁷ Vgl. Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus, München 2013: C.H. Beck, 125ff.

Ungleichheit als Folge des Kapitalismus – immer wieder auch ein Diktum der katholischen Soziallehre –, wobei die öffentliche Diskussion sich viel heftiger für die seit den 1970er Jahren wieder zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit innerhalb des eigenen Landes interessierte als für die viel gravierendere Ungleichheit zwischen den Ländern und Erdteilen.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Kohäsion, also was die Gesellschaft überhaupt zusammenhält, meine Damen und Herren, kann man mit der Logik des Kapitalismus alleine nicht beantworten, steht doch insbesondere ein individualistischer Nutzen und erst im zweiten Schritt das Gemeinwohl (unsichtbare Hand) im Vordergrund. Hieran schließe sich, so Kocka weiter, die besorgte Frage an, wo denn die Grenzen des Marktes und der Käuflichkeit liegen oder – aus moralischen oder praktischen Gründen – gezogen werden sollten. Dass es solche Grenzen geben muss, der Kapitalismus also nicht alles durchdringen darf, sondern nicht-kapitalistische Widerlager in Gesellschaft, Kultur und Staat braucht, dafür lassen sich für den Historiker aus seiner Geschichte starke Argumente entwickeln: „Kapitalismuskritik ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Sie hat seinen Siegeszug über die Welt nicht verhindert. Aber sie hat ihn beeinflusst. ... Der Kapitalismus setzt (aber, FJO) seine Ziele nicht aus sich selbst. Er kann unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Zielen dienstbar gemacht werden, vermutlich auch einer Umsteuerung der Wirtschaft in Richtung von mehr Erneuerbarkeit und Nachhaltigkeit, wenn denn genügend politischer Druck und entsprechende politische Entscheidungen zugunsten solcher Ziele mobilisiert werden könnten, was derzeit weder in den wohlhabenden Gesellschaften des globalen Nordens noch weltweit in Sicht ist. Der Kapitalismus lebt von seiner sozialen, kulturellen und politischen Einbettung, so sehr er sie gleichzeitig bedroht und zersetzt.“ Soweit das Resümee des Historikers.

Meine Damen und Herren, das Ereignis der Schießung der Lehmann-Bank vor jetzt fünf Jahren und die in der Folge des Finanzcrashes notwendig gewordenen politischen Sicherungsmaßnahmen zeigen symbolisch (für vieles), wie fragil die Mechanismen unserer Daseinsvorsorge geworden sind. Was muss nicht alles staatlicherseits in Bewegung gesetzt werden, dass wir nicht in den Abgrund stürzen, vor den uns die Finanzjongleure gebracht haben, angefangen von den unvorstellbaren Rettungsschirmen bis hin zur aktuell diskutierten Bankenunion, mit der gewährleistet werden soll, dass über ein System von Bankenaufsicht, Erhöhung des Eigenkapitals sowie der Errichtung eines Rettungsfonds bei zukünftigen Problemen nicht Staaten, also damit Steuerbürger, zur Lösung einspringen müssen. Eine Immobilienblase, Spekulationen mit verbrieften Risiken und der Zusammenbruch des Kartenhauses haben aber nicht nur das Vertrauen in die Finanzwelt erschüttert. Das krisenhafte Innehalten hat nicht lange ange dauert, vielmehr konnte man den Eindruck gewinnen, dass „business as usual“ sehr schnell weitergemacht wurde wie zuvor. Was insbesondere

verloren gegangen ist, ist das Vertrauen in die Institutionen schlechthin, weit über die Banken hinaus. Denken wir z.B. an die Frage der Verhältnismäßigkeit von öffentlichen Summen (zur Stützung „systemrelevanter“ Banken oder für Bildung) und allgemein an die Handlungsfähigkeit von staatlicher Politik (vgl. Südeuropa). Die Euro- und Staatsschuldenkrise, die bereits seit einer Dekade wahrgenommene terroristische Bedrohung (11. September), ganz aktuell die Ausspähvorwürfe unter Verbündeten sowie der gerade abgewendete Haushaltsstillstand in den USA führen das System unserer vermeintlichen Sicherheiten ad absurdum. Das vorherrschende Lebensgefühl ist das einer grundsätzlichen Krise, die nicht mehr bloß als Teil allgemeiner ökonomischer Konjunkturzyklen zu verstehen ist, sondern übergreifend alle Bereiche des Lebens betrifft. In Deutschland spürt man Dank umsichtiger Politik die Auswirkungen des in der Finanzkrise überschäumenden Kapitalismus bisher nicht so direkt und fühlt sich noch in der Sicherheit eines bloßen Beobachters. Was aber, so frage ich mich oft, passiert bei uns im Ruhrgebiet, wenn die bereits angekündigten Stellenabbaupläne unserer einschlägigen Großunternehmen tatsächlich und gleichzeitig umgesetzt werden?

3. Umgang mit Krisen

Als Bischof und Kirchenmann brauche ich beim Krisenthema gar nicht mit Fingern auf andere zeigen, zu sehr sind wir als Kirche momentan mit uns selbst beschäftigt. Was haben wir in den vergangenen Jahren an Vertrauen und Glaubwürdigkeit durch den entsetzlichen Missbrauchsskandal verloren, bei dem es neben dem eigentlichen Verbrechen immer auch um den lange Zeit inadäquaten institutionellen Umgang damit ging.⁸ Mit neuen verbindlichen Regelungen und den Opferschutz absolut in den Vordergrund schiebenden Praktiken haben wir in den Bistümern nun nachhaltig und unumkehrbar reagiert. Aber auch die unausweichlichen Schlagzeilen der vergangenen Wochen haben unserer Sache, der glaubwürdigen Verkündigung des Evangeliums, nachhaltig geschadet. Wenn früher zur Ehre Gottes mit größtem künstlerisch-architektonischem Aufwand Kirchengebäude errichtet wurden, war dies stets bekenntnisvoller Ausdruck einer Glaubensbeziehung, die ästhetische Formen suchte und bis heute eindrucksvoll zur Kulturgeschichte beigetragen hat. Gegenwärtig kann man den berechtigten Eindruck haben, dass es im aktuellen Fall um ganz andere „Herrlichkeiten“ geht, wo vielmehr Demut und Bescheidenheit angesagt wäre, so wie sie der Jesuit Papst Franziskus eindrucksvoll und mit starken symbolischen Gesten vorlebt.

Durch meine Studien an der römischen Jesuitenhochschule und päpstlichen Universität Gregoriana und dem von Jesuiten geleiteten Priesterseminar Collegium Germanicum habe ich mich intensiv mit der Spiritualität des

⁸ Vgl. Klaus Mertes, Verlorenes Vertrauen. Katholisch sein in der Krise, Freiburg/B.: Herder.

Ordensgründers Ignatius von Loyola beschäftigt. Eine seiner Maximen, die schonungslos und ganz wörtlich zu nehmende „Liebe zur Wirklichkeit“ ist für mich persönlich, in der Ausübung meines Bischofsamtes und für mich als politischer Zeitgenosse, zu einem zentralen Selbstverständnis geworden. Es ist, wie es ist, sagt die Liebe (Erich Fried), und die Liebe macht alles neu – gleichsam eine Faustformel des christlichen Glaubens. Vor diesem Hintergrund möchte ich mit der Beschreibung aktueller Krisen nicht im Sinne eines Lamentos falsch verstanden werden. Ich finde, dass wir durch die Beschreibung der Wirklichkeit erst wieder in die Lage versetzt werden, auf die Krise angemessen reagieren zu können. Psychologisch wird Krisen therapeutisch in verschiedenen Etappen so begegnet, dass zunächst ein Lösungsprozess von krankhaften Daseinsformen durch eine „Phase der Erkenntnis“ eingeleitet wird. Hierbei geht es darum, sich mit dieser krankmachenden Lebensform verbundenen Problemen und Schwierigkeiten bewusst zu werden, was für den Patienten sicherlich einen schweren Eingeständnisprozess bedeutet. In der sich anschließenden Phase geht es dann um die Analyse der verschiedenen Zusammenhänge und Ursachen. Es werden Pfadabhängigkeiten festgestellt und Alternativen erwogen. Durch eine solche Form der Selbstdistanzierung wird neuer Handlungsspielraum, also auch verloren gegangene Freiheit, neu gewonnen. Damit ist aber auch der entscheidende Moment bezeichnet, an dem es zu Umkehr und Neubeginn kommt, an dem aber auch endgültiges Scheitern stehen kann. Denn zu diesem Zeitpunkt gerät der Patient gleichsam in eine Verfassung der Unentschiedenheit, in der Unvereinbares alternativ nebeneinander steht und, wie es im Historischen Wörterbuch der Philosophie so schön heißt, „zu einer heilsamen oder unheilvollen Wende“ drängt: „Die Krise des Patienten ist zugleich die Krise des Therapeuten, der durch seine methodische und theoretische Voreinstellung die Daseinsform des Patienten nur ausschnittsweise erfassen und damit die Umschaltung des Daseins in eine neue Richtung nur unvollkommen mitvollziehen kann.“⁹ Wer ist in den uns gesellschaftlich umtreibenden Krisen in der Lage, Therapien zu formulieren. Und sind wir überhaupt bereit, uns auf nötige Veränderungen einzulassen?

Bei Identitätskrisen, und in einer solchen sehe ich uns im Ruhrgebiet angesichts des fortgesetzten Strukturwandels, besteht das Syndrom von Störungen in dem Verlust des Gefühls, sich selbst gleich oder treu bleiben zu können. Es geht um das Erleben des Verlustes der eigenen historischen Kontinuität. Als Kirche in der Region machen wir gerade notgedrungen einen solchen Prozess durch. Seit Gründung unseres Bistums hat sich die Katholikenzahl halbiert. Die Infrastruktur und Prozessabläufe entsprechen nicht mehr dem, was wir heute brauchen und ökonomisch tragen können. Die Ihnen allen bekannten Veränderungen, meine Damen und Herren, die noch mein Vorgänger Bischof Dr. Felix Genn eingeleitet hatte und an deren Folgen ich mit Vielen gemeinsam

⁹ vgl. Art. Krise in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, 1235-1245.

seit nun fast vier Jahren intensiv arbeite – Reduktion der Pfarreien, Schließung, Umnutzung und Verkauf von Kirchen, deutliche Sparanstrengungen, Verkauf von Krankenhäusern, etc. – sind nicht einfach eine „Kleinersetzung“ der Kirche von Essen, damit es dann weiter geht wie bisher. Vielmehr, so meine Auffassung, müssen wir unter den veränderten Bedingungen ganz neu lernen und begreifen, wie wir als Kirche unseren Glauben heute und morgen leben und gestalten wollen. Aus diesem Grund habe ich gemeinsam mit vielen anderen Menschen in den letzten zwei Jahren im Bistum einen umfangreichen Dialogprozess „Zukunft auf katholisch“ als Selbstverständigungsprozess eingeleitet und durchgeführt. Das gemeinsam erarbeitete „Zukunftsbild“ für unser Bistum soll nun auf allen Ebenen und in allen Handlungsfeldern weiterbehandelt und damit zur Grundlage eines neuen Selbstverständnisses als Kirche im Bistum Essen werden. Einen solchen, auf Identitätsbildung angelegten Selbstverständigungsprozess wünschte ich mir auch für unser Ruhrgebiet, denn das Wesen der Krise ist mehr als nur das eines Übergangs von einer Ordnung zur anderen. Und ich füge hinzu, dass die für uns Menschen wichtige (und auf unsere Region übertragbare) personale Identität gerade nur in dieser konstruktiven Arbeit an Krisen erworben werden kann.

Wenn komplexe Gesellschaften einen Mangel an Zuversicht und Vertrauen zeigen, sagte der Bielefelder Gesellschaftstheoretiker Niklas Luhmann, werde die Unterscheidung der Begriffe wichtiger, weil Verneinung und Rückzug, den wir uns im Ruhrgebiet nicht mehr länger leisten können, unterschiedliche Konsequenzen hätten.¹⁰ Der Mangel an Zuversicht lässt die Menschen sich entfremdet in kleine Welten zurückziehen und sich in der jeweiligen Nische weltabgewandt und frustriert einrichten. „Der Mangel an Vertrauen vermindert andererseits schlicht das aktive Handeln. Er reduziert den Umfang der Möglichkeiten rationalen Handelns.“ Bei der Vertrauensbildung und Vertrauensvergewisserung geht es um den Zukunftshorizont der jeweiligen Gegenwart. Dies gilt für die Finanzordnung, die wirtschaftliche Situation im Ruhrgebiet und für uns im Ruhrbistum gleichermaßen. Vertrauen sei, so Luhmann, keine Folgerung aus der Vergangenheit, sondern es überziehe die Informationen, die es aus der Vergangenheit besitze und riskiere eine Bestimmung der Zukunft. Im Akt des Vertrauens werde die Komplexität der zukünftigen Welt reduziert, was nötig ist, um überhaupt handlungsfähig zu werden. Wir müssen im Ruhrgebiet wie im Ruhrbistum neu um Vertrauen werben, damit wir offen sind für Investitionen in Zukunftsbranchen und damit wir wieder zur Identifikationsstütze der Menschen werden, die für ihren Glauben Ansprechpartner und Heimat suchen. In diesem Sinne erinnere ich an den nicht naiv zu unterschätzenden Satz des hl. Paulus „Jetzt zählt Glaube, Hoffnung, Liebe. Doch am Größten unter ihnen ist die Liebe.“ Grundlage allen

¹⁰ Luhmann, Niklas, Vertrautheit, Zuversicht, Vertrauen: Probleme und Alternativen, in: Hartmann, Martin/Offe, Claus (Hg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt/M. 2001: Campus, 143-160, 157f.

Vertrauens, so Luhmann weiter, sei die Darstellung des eigenen Selbst als einer sozialen, sich in Interaktion aufbauenden, mit der Umwelt korrespondierenden Identität: „Wer sich Vertrauen erwerben will, muss am sozialen Leben teilnehmen und in der Lage sein, fremde Erwartungen in die eigene Selbstdarstellung einzubauen. ... Der Weg zum Vertrauen führt über ein umformendes Eingehen auf fremde Erwartungen. ... Wer persönliches Vertrauen erwirbt, tauscht dem Partner gleichsam Standarderwartungen ab gegen solche, deren Erfüllung nur er als diese individuelle Persönlichkeit mit dem ihm eigenen Stil gewährleisten kann. Alle Selbstdarstellung verpflichtet – allein schon dadurch, dass sie ein Selbst darstellt, für das Identität in Anspruch genommen wird.“¹¹ Diese Identitätsbildung steht in unserer aller Verantwortung. Wir müssen auf neue Weise handlungsfähig und glaubwürdig werden, wenn wir die Krise überwinden wollen.

4. Die Finanzkrise und die Mühsal eines doppelten Lösungsansatzes

Verehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, noch einmal zur Finanzkrise zurückzukommen. Im Jahr 1928, also kurz vor der großen Weltwirtschaftskrise in Folge des schwarzen Freitags, der in Wirklichkeit ein schwarzer Donnerstag war, veröffentlichte der damals noch junge Theologe Oswald von Nell-Breuning seine moraltheologische Dissertation „Grundzüge der Börsenmoral“, in der er sich unter ethischen Gesichtspunkten ausführlich mit dem Zentrum des Kapitalismus, den Funktionsweisen des Börsenhandels, auseinandersetzt. Insbesondere seine Ausführungen über die Spekulation sind heute immer noch aufschlussreich; in gewisser Weise nimmt er die Beschreibung unserer Erfahrungen der Ursache für den Crash von 2008 und seiner Folgen bis heute vorweg, wenn er bzgl. der Fratze „reiner Profitgier“ ausführt: „Sobald die Blickrichtung von der unternehmerischen Leistung (der landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Betriebsführung und ihrem technischen Inhalt) abgelenkt wird und das abstrakte Gewinninteresse in den Blick tritt, da muß jene ins Maßlose sich auswachsende Gier (cupiditas in immensum excrescens) sich einstellen. Warum mit 10% Gewinn sich begnügen? Warum nur 20%? Warum nur 100%? Und schließlich ist gar kein Grund einzusehen, warum man nicht 1000, 10000 und noch mehr Prozent mitnehmen sollte. Das abstrakte und verabsolutierte Gewinnstreben ist prinzipiell maß- und zügellos, prinzipiell antiökonomisch, asozial, egoistisch. Ob es die ‚kapitalistische‘ Sünde ist, bleibe dahingestellt; gewiss ist es die Kapitalsünde der Habgier.“¹²

Als Ursache für die bis heute gefährliche und ganze Staaten bedrängende Situation, in der sich wenige massiv und verantwortungslos auf Kosten vieler

¹¹ Luhmann, Niklas, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1968/2005: Lucius & Lucius, 23f. sowie 80f..

¹² Oswald von Nell-Breuning, Grundzüge der Börsenmoral, Freiburg/B. 1928: Herder (Reprint: Münster 2002: Lit).

bereichert haben, ist neben einer unzureichenden Rahmenordnung für ein sich abgekoppeltes Finanzsystem zunächst einmal die moralische Anfälligkeit des Menschen zu sehen. Gibt es entsprechende Anreize und eine relativ anonyme Situation, werden viele schnell und kurzfristig ihre egoistischen Vorteile suchen und dabei Maß und Mitte verlieren. Entsprechend beten wir im Vater unser: „und führe uns nicht in Versuchung“. Das Anliegen der Soziallehre war immer beides: Gesinnungswandel und Bedingungswandel, und beides funktioniert nur zusammen, sonst gerät moralische Rede schnell zum harmlosen Appell.

Für Nell-Breuning steht grundsätzlich die Frage im Raum, ob Spekulation gesamtgesellschaftlich nützlich und damit als notwendig auch ethisch legitimiert werden kann, oder ob sie, wie wir es in den offenbar werdenden Exzessen der vergangenen Jahre gesehen haben, aufs Ganze also für das Gemeinwohl gesehen schädlich, verheerend und gar zerstörend wirkt. Dabei ist er eher skeptisch und setzt enge Grenzen. Dennoch erkennt er an, dass unter bestimmten Bedingungen Spekulation in einer arbeitsteiligen Verkehrsgesellschaft ein volkswirtschaftlicher Nutzen nicht abzusprechen sei. Aber: „Spekulation, die keine volkswirtschaftliche Funktion erfüllt oder gar in ihren Auswirkungen volkswirtschaftlich nachteilig wirkt, ist unbedingt sittlich minderwertig; Mehrwertaneignung durch solche Spekulation wie auch der darauf gerichtete Wille scheint sogar der strengen Gerechtigkeit zuwider zu sein.“¹³

Dem Frankfurter Sozialethiker Bernhard Emunds zu Folge konvergieren angesichts aktueller Entwicklungen traditionelle Forderungen katholischer Soziallehre mit Vorstellungen des Ordoliberalismus: Um dafür zu sorgen, dass die Privatwirtschaft dem Gemeinwohl dient, reiche es eben nicht aus, für Wettbewerb zu sorgen. Vielmehr bedürfe es eines gehörigen Maßes politischer Steuerung, damit sich das Wirtschaften vieler gewinnorientierter einzelwirtschaftlicher Akteure nicht allzu weit von den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger von einer guten Wirtschaftsordnung entferne. Angesichts von Digitalisierung und Globalisierung, von der der Finanzmarkt bisher ungehemmt und einseitig profitieren konnte, geht es nun darum, auf allen Ebenen (national, europäisch und global) Ordnungspolitik zu betreiben. In diesem Zusammenhang darf sich Europa nicht auf eine Währungsunion beschränken. Vielmehr geht es um vertiefte Integration, um gemeinsame oder zumindest abgestimmte Steuer- und Wirtschaftspolitik und um weitergehende Harmonisierung sozialer Standards. Wenn man, wie es manche tun, von der Finanzwirtschaft als Ökonomie zweiter Ordnung sprechen will,¹⁴ braucht es eben entsprechend rahmensetzende Ordnungspolitik im Sinne einer Politik

¹³ Ebd., 163. Darüber hinaus erscheint Nell-Breuning die Rechtsfigur des Termingeschäftes moralisch indifferent zu sein: „Wirtschaftspolitisches Ziel – gerade auch im Interesse der Wirtschaftsmoral – muß es sein, Börsenterminhandel (der Warenbörse) in engster Fühlung mit dem Effektivhandel zu erhalten.“ Ebd. 208.

¹⁴ Vgl. Knorr Cetina, Karin/Ales Preda (Hg.), *The Sociology of Financial Markets*, New York 2005: Oxford University Press.

zweiter Ordnung, die nur durch neue Formen gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozesse (über Trennbankensystem, Eigenkapital, Aufsicht, Verhältnis von Risiko und Haftung, Spekulationssteuer etc.)¹⁵ möglich ist. Hier geht es um ein neues Politikverständnis; als Vertreter katholischer Soziallehre wollen wir als Kirche dazu gerne beitragen.

Die Regulierung der Finanzwirtschaft, so Emunds weiter, – einer wirtschaftlichen Branche, die in den letzten beiden Jahrzehnten völlig ‚aus dem Ruder gelaufen‘ sei – erweise sich damit als Nagelprobe für die Demokratie. An ihr werde sich zeigen, ob sich die Wirtschaft so weit verselbstlicht habe und so dominant geworden sei, dass die Bürgerinnen und Bürger in Fragen der Wirtschaftsordnung faktisch nicht mehr in der Lage sind, mit Hilfe politischer Institutionen demokratisch über sich selbst zu bestimmen. Ich zitiere wörtlich: „Die private Finanzwirtschaft, zu der Finanzmärkte und gewinnorientiert geführte Finanzinstitute gehören, ist ein Teilbereich der Wirtschaft. Wie die Wirtschaft als Ganze ist sie auf das Gemeinwohl ausgerichtet. Für diese Ausrichtung lassen sich zwei ‚basics‘ benennen, die aufgrund der aktuellen Krise und des ihr vorangehenden Booms auf den Finanzmärkten brisant geworden sind: Zum einen zeigt sich die Gemeinwohlverträglichkeit der Finanzwirtschaft darin, dass sie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht (oder kaum) stört. Zum anderen dienen die Finanzinstitute dadurch dem Gemeinwohl, dass sie Dienstleistungen erbringen, die für andere Akteure nützlich sind. Den Unternehmen außerhalb der Finanzwirtschaft sollen es die Institute erleichtern, Waren zu produzieren oder Dienstleistungen zu erbringen, die für die Menschen überlebensnotwendig sind oder von denen sie sich eine Steigerung ihres Wohlbefindens erhoffen. In diesem Sinne gilt: Die Finanzwirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern hat der Realwirtschaft zu dienen.“¹⁶

In dem Geleitwort zur Stellungnahme einer Arbeitsgruppe der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz zur Wirtschafts- und Finanzkrise, der ich auch angehöre, betont Reinhard Kardinal Marx, dass die Katholische Soziallehre zwar keine wirtschafts- oder sozialwissenschaftliche Theorie sei, die selbst konkrete Lösungsvorschläge zur Krisenbewältigung liefern könnte. Die aktuellen Entwicklungen aber zeigen, dass auch die Soziale Marktwirtschaft von Voraussetzungen lebe, die sie selbst nicht garantieren könne. In diesem Sinne sei die Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem auch als Teil einer Orientierungskrise zu verstehen. Insbesondere der massive Vorstoß gegen das von Ökonomen Walter Eucken beschriebene

¹⁵ Vgl. auch Anat Admati/Martin Hellwig, *Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muss*, München 2013: Finanzbuchverlag.

¹⁶ Vgl. Bernhard Emunds, *Das Ende der aufgeblähten Finanzwirtschaft. Sozialethische Überlegungen zur politischen Neuordnung der Finanzmärkte*, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* Bd. 51: *Weltwirtschaft und Gemeinwohl. Eine Zwischenbilanz der Wirtschaftskrise*, Münster 2010: Aschendorff, 189-223.

„konstituierende Prinzip der Haftung“ habe entscheidend zur aktuellen Krise beigetragen. Damit es wieder selbstverständlich werde, bedürfe es eines funktionsfähigen Ordnungsrahmens, der mit Blick auf die Finanzmärkte eine effizientere Aufsicht, eine verbesserte internationale Zusammenarbeit sowie mehr Transparenz bieten müsse: „Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft bedarf deshalb nicht allein einer klügeren Gestaltung des funktionalen Ordnungsrahmens der Ökonomie, sondern verlangt ebenso nach einer breiteren Debatte über Werte und Tugenden, die dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Orientierung geben.“¹⁷ Ich füge hinzu, es geht um eine Wieder- und Neugewinnung kultureller Errungenschaften der Moderne, die wir – alle gesellschaftlichen Institutionen, wie jeder Bürger selbst – uns mühsam und kleinteilig als Gesinnungs- und Bedingungsreform zurückerarbeiten müssen.

5. Das Geld der Gesellschaft – ein Resümee

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Dieses Referat habe ich mit dem programmatischen Titel „Das Geld der Gesellschaft“ überschrieben, um ein Finanzverständnis deutlich zu machen, das nicht im Privaten des effizienzoptimierenden Wirtschaftsbürgers verhaftet bleibt, sondern vielmehr den öffentlichen Charakter des Geldes als wichtiges Kommunikationsmedium der hochdifferenzierten und komplex vernetzten modernen Gesellschaft betont. Was passiert, wenn das Finanzsystem beinahe kollabiert, wer davon den Nutzen und wer den Schaden trägt, das können wir an den gegenwärtigen Agenden europäischer Krisengipfel einfach ablesen. Geld ist immer relativ, nicht bloß zirkulär. Es hat sich in Bezug auf die Güter als Preiskategorie und Tauschmedium zu bewähren. Es lässt aufgrund seiner Abstraktheit unzählig viele soziale Kontakte knüpfen. Die gefährlichen Spekulationen der vergangenen Jahre haben zur Verarmung vieler Menschen geführt, die nun um solche Kontaktchancen und damit Lebenschancen gebracht sind. Als Vertreter der katholischen Soziallehre habe ich immer den Menschen in seiner ganzen Persönlichkeit im Blick und nehme ihn nicht bloß in seinen vielfältigen Funktionsrollen wahr. Der in der gezeitigten „(Hab-)Gier“ zum Ausdruck gekommene Wunsch nach Fülle und Heil lässt sich nicht mit endlos gesteigerten

¹⁷ „Auf dem Weg aus der Krise. Beobachtungen und Orientierungen“. Stellungnahme einer von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz berufenen Arbeitsgruppe zur Finanz- und Wirtschaftskrise, Bonn 2009 (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche Fragen; 30). Vgl. auch Joachim Wiemeyer, Unternehmensethik aus christlich-sozialethischer Sicht, in: Katholisch Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (Hg.), Kirche und Gesellschaft (Grüne Reihe) Nr. 403., Köln 2013: Bachem, 14f. „Dass Wirtschaften zum gesellschaftlichen Wohl erfolgt, ist zunächst durch die politisch beschlossene Rechtsordnung sicherzustellen. Systematische Mängel in Politik, Verwaltung und Justiz können nicht allein von Unternehmen kompensiert werden. Eine funktionierende staatliche Wirtschaftsordnung gibt Unternehmen Freiheiten, die sie – aus langfristigem Eigeninteresse – verantwortlich gebrauchen müssen. Marktwirtschaft lebt von unternehmerischer Freiheit, die nicht nur im ökonomischen Sinne, sondern auch ethisch verantwortlich zu füllen ist. Daher ist eine unternehmensethische Verantwortung unverzichtbar. Die Christliche Sozialethik kann dazu Anstöße geben.“

Kontosalden befriedigen. Ökonomen kennen die Funktion des Grenznutzens. Fülle, Heil, Sinnerfahrung und Glückerleben passiert eben in sozialen Beziehungen, in denen ich Identität und Persönlichkeit ausbilde. Damit dies gelingt, braucht es Vertrauen und glaubwürdige Institutionen. Dass wir als Kirche auch vor der eigenen Tür zu kehren haben, habe ich mit Blick auf den Missbrauchskandal und die Geschehnisse im Bistum Limburg deutlich gemacht. Ich hätte auch die aktuellen Bemühungen um eine transparente Restrukturierung der Vatikanbank „Istituto per le Opere di Religione“ nennen können.

Wichtig ist mir aber die Botschaft, dass jeder in seinem Handlungs- und Verantwortungsbereich zum Gelingen von Gesellschaft beitragen kann. In diesem Sinne haben wir bei uns im Ruhrgebiet einige Hände voll zu tun. Aus Sorge um die Zukunft einer Region und um die Lebenschancen und Zuversicht der Menschen müssen wir den Strukturwandel innovativ vorantreiben. Ich habe in diesem Zusammenhang sehr von der Studie der vier Bochumer Professoren Jörg Bogumil, Rolf Heinze, Franz Lehner und Klaus Peter Strohmeier mit dem Titel „Viel erreicht, wenig gewonnen“ gelernt, die vor allem darauf hinweisen, dass die unterschiedlichen Kommunen sich auf ihre jeweilige Stärke konzentrieren sollten. Diese Stärken sollten arbeitsteilig im Sinne funktionaler Differenzierung für das ganze Ruhrgebiet profiliert werden, so dass wir uns zukünftig nicht mehr durch einen Wettbewerb auf den immer gleichen Feldern gegenseitig blockieren. Dass es, wie es in den letzten Tagen in der Zeitung zu lesen war, innovative Ansätze wie das LogPort in Duisburg, der Technologiestandort Dortmund, der Gesundheitsstandort Bochum, das Designerzentrum Zeche Zollverein und die vernetzte Wissenschaftslandschaft im Ruhrgebiet als Erfolge des Strukturwandels gibt, über die ich mich sehr freue, löst aber nicht die vielen Existenzprobleme der Menschen im Zuge der erwarteten Stellenstreichungen bei Opel in Bochum, im Nirosta-Stahlwerk, bei Thyssen-Krupp, Eon, RWE, Evonik, Karstadt, Hochtief und im Zuge des auslaufenden Steinkohlebergbaus. Auch in Zusammenarbeit mit den Großunternehmen der Region müssen wir mehr für die Zuversicht der hier lebenden Menschen tun.

Gerne weise ich zum Schluss auf die drei Konsequenzen hin, die uns die vier Professoren ins Stammbuch geschrieben haben:

1. „Fördermittel allein helfen dem Ruhrgebiet wenig, wenn sich die Städte und Kreise und ihre wichtigsten Akteure nicht darüber verständigen, wer in welchen Feldern besondere Kompetenzen hat und wie diese Kompetenzen in konkreten Aktivitäten umgesetzt werden sollen.“
2. „Diese Verständigung soll in einer offenen und öffentlich geführten Diskussion erzielt werden, damit zum einen die unterschiedlichen Interessenslagen und Konflikte offengelegt werden und zum anderen

vermieden wird, das die Verständigung in Form von faulen Kompromissen erfolgt, die viel Geld kosten, aber wenig bewirken.“

3. "In diesen Prozess muss die Zivilgesellschaft möglichst früh und möglichst breit einbezogen werden, damit die notwendige Verständigung gesellschaftlich verankert werden kann und die zivilgesellschaftlichen Akteure auf der Basis einer gemeinsamen Verständigung selbst aktiv werden.“¹⁸

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

¹⁸ Jörg Bogumil/Rolf G. Heinze/Franz Lehner/Klaus Peter Strohmeier, Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen 2012: Klartext, 173.